

Liesbeth van de Griff: Securing the Communist State. The Reconstruction of Coercive Institutions in the Soviet Zone of Germany and Romania, 1944-1948, Lanham, Md., Lexington Books, 2012. 203 pp. – ISBN 9780739171790.

Jan Foitzik
Berlin, Deutschland

Die Fragestellung des Bandes thematisiert eine „Übergangsphase des ‘imperfect pluralism’“ bis Mitte 1947 und darin „indigene Wurzeln“ der Regime-Transformation in Osteuropa. Die Aufmerksamkeit gilt der Entwicklung der institutionellen Strukturen und der personellen Kontinuität/Diskontinuität im sicherheitspolizeilichen Bereich. Das handliche Buch ist in sieben Kapitel gegliedert. Skizziert werden die Wege zum „autoritären“ Regime in Rumänien und „totalitären“ Regime in Deutschland nach 1918, in der Nachkriegs- und Übergangsphase 1944–48 die „relative Autonomie“ Rumäniens und die direkte Besatzungsdiktatur in der SBZ. Darauf folgt in zwei Fallstudien ausführlicher die Rekonstruktion des Polizei- und Sicherheitsapparats in der SBZ und in Rumänien. Das sechste Kapitel bringt unter der Überschrift „Kontrolle versus Chaos“ einen Vergleich zwischen beiden Ländern, ein knappes Resümee schließt das Buch ab.

Die Autorin zeichnet nicht nur ein souveräner und konzentrierter Umgang mit Quellen aus, sondern auch die Fähigkeit, sich prägnant zu artikulieren. Dadurch bietet die Rekonstruktion des Sicherheitsbereiches in der SBZ sogar für erfahrene Archivnutzer Neues, da die Autorin sich nicht durch Details ablenken lässt. In Fußnoten werden Bestände des Bundesarchivs und des Archivs des „Stasi-Bundesbeauftragten“ ausgewiesen, in Bukarester Archiven wurden einschlägige Überlieferungen der Partei und des Staates eingesehen. Als Sekundärliteratur werden vornehmlich deutsch- und englischsprachige Texte herangezogen. Auf besonderes Interesse stößt die Rekonstruktion der sicherheitspolitisch relevanten Institutionen in Rumänien. Bemerkenswert sind bereits die präsentierten Zahlengaben: Die rumänischen Sicherheitseinrichtungen wurden zwar nach 1944 in mehreren Schritten personell stark reduziert, aber die institutionellen Strukturen mit ihrem Personal blieben zunächst erhalten. Als parteipolitische „Feuerwehr“ dienten irreguläre kommunistische Patriotische Garden und zwei „Divisionen“ ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener, insgesamt etwa 18.000 Mann. Bis 1947 wurden die Personalstände der rumänischen Armee, Polizei und Gendarmerie – die beiden Letztgenannten wurden inzwischen zentral vom Innenministerium geführt – abermals um etwa 50% „gesäubert“.

Als Unterschiede werden vorgestellt: ein institutionell intakter Sicherheitsapparat in Rumänien unter begrenzter sowjetischer Kontrolle, sowie eine moderate Personalpolitik, die auf Integration und Kontrolle setzte. Moderater sei auch die rumänische Repressionspolitik gewesen, politische Opposition sei weniger durch die Polizei, sondern 1944–46 „nach bulgarischem Vorbild“ von Sondergerichten bekämpft worden: 1945 verzeichnete Rumänien, das 1947 16 Millionen Einwohner hatte, ca. 15.000 politische Häftlinge.¹ In der SBZ hingegen wurde personell eine völlig neue Polizei aufgebaut. Die unterschiedliche Taktik sei Folge unterschiedlicher nationaler bürokratischer Traditionen gewesen, in Verbindung mit der gesellschaftlichen Verankerung von KPD und SPD in der Weimarer Republik, von der bei den etwa 1.000 Vorkriegs-Kommunisten in Rumänien keine Rede sein könne, außerdem war

¹ 90.000 politische Gefangene im Mai 1945 laut: Robert Gellately: Stalin's Curse. Battling for Communism in War and Cold War, New York, Knopf, 2013, S. 252.

in der SBZ die sowjetische Kontrolle sehr stark. Gleichzeitig betrieb man in der SBZ eine flexible Politik, indem man die nichtkommunistischen Parteien tolerierte. In Rumänien wurde 1947 die Bauernpartei, die ein Jahr zuvor mit absoluter Mehrheit die Parlamentswahlen gewonnen hatte, verboten, der König dankte ab und einige Monate später bekam das Land eine volksdemokratische Verfassung. Das neue Regime in der SBZ stabilisierte auch die offene Grenze nach Westdeutschland, was zugleich als Projektionsfläche eine Externalisierung des politischen und sozialen „Feindes“ erlaubte. Dem rumänischen „Chaos“ wird in der SBZ „Kontrolle“ gegenübergestellt. Als „Teil der stalinistischen Kampagne gegen verschiedene soziale Gruppen“ (S. 152) wurden dort erst nach 1948 über eine Million Menschen in Lagern und Gefängnissen interniert. Das Faktum wie die Erklärung kommen sehr unerwartet. Mit bis zu 200.000 Todesopfern gilt der „stalinistische Terror“ in Rumänien als besonders blutrünstig. Die zuletzt genannte Zahl steht nicht im Buch.

Es wäre aber unfair, in einer Rezension auf Aspekte einzugehen, die im Werk nicht thematisiert werden. Es überrascht nur, dass nicht auf die „Sowjetisierung“ von Bessarabien und Nord-Bukowina eingegangen wird, die schon ein Jahr nach der Annexion durch die UdSSR 1940 abgeschlossen gewesen sein soll, als die Gebiete von 1941 bis 1944 wieder zu Rumänien kamen. Das von der Autorin zurückgewiesene „blue-print“-Paradigma wurde nämlich in der ersten Hälfte der 1950er Jahren am Beispiel der baltischen Staaten entwickelt. Die „revisionistische“ Gegenthese von „demokratischen Anfängen“, einem „begrenzten“ oder „kontrollierten Pluralismus“ in den osteuropäischen Revolutionen florierte in der westlichen Historiografie erst nach der „moralischen Verdammung“ Stalins durch Chruschtschow, in Osteuropa diente sie – zugespitzt formuliert – den überlebenden kommunistischen Opfern des kommunistischen Terrors als Vehikel der politischen „Wiederauferstehung“ (Gomułka, Kádár, Husák).

Im Buch fällt aber ein kleines Detail auf: Bei den nach 1944 verurteilten rumänischen „Kriegsverbrechern“, weniger als 1000 an der Zahl, soll es sich größtenteils um Ungarn gehandelt haben. Dies fällt nur deshalb auf, weil man in Ungarn die Spuren von Terroropfern verschleierte, indem man fiktive Geburtsorte in Siebenbürgen benutzte, dessen Teile 1940-44 zu Ungarn gehörten. Drastischer drückte sich der tschechische Historiker Karel Kaplan aus: Außer den „legal“ hingerichteten etwa 200 Opfern des kommunistischen Terrors geht er von weiteren etwa eintausend „illegal“ aus politischen Gründen Ermordeten aus – dies in der Tschechoslowakei, deren bürokratische Tradition bei Todesurteilen ein Gerichtsverfahren und „viel Papier“ erforderte. Auf dem Balkan war das Leben eines „Politischen“ noch in den 1980er Jahren eine Schachtel Zigaretten oder ein Tag Sonderurlaub für den ausführenden Polizisten Wert, wie ein Staatsanwalt damals die Produkte konzeptioneller Überdetermination westlicher Historiker kommentierte. Bis heute ist die Zahl der von der UdSSR kriegsgefangenen Soldaten der rumänischen Armee nicht bekannt: Offizielle sowjetische Zahlen geben 50.000 im Jahr 1946 an, nach dem 23. August 1944 „verschwanden“ aber 260.000. „Gesäubert“ wurden auf der Grundlage der nationalen bürokratischen Traditionen nicht nur Menschen, sondern auch die Archive.

Quellenkritisch wäre außerdem anzumerken, dass sowjetische „Abwehrspezialisten“ schon ab 1944 in der rumänischen Armee eingesetzt wurden, denn einige von ihnen kamen später in die SBZ. Sowjetische Mitwirkung erlaubten auch Reparationsverpflichtungen, die Übernahme deutscher und italienischer Aktiva oder gemischte sowjetisch-rumänische Aktiengesellschaften. Rumänien schloss zwar 1944 mit der UdSSR, Großbritannien und den USA einen Waffenstillstand ab, und die rumänische Armee nahm an der Seite der sowjetischen Truppen am Krieg gegen Deutschland teil, gleichwohl wurde das Land (anders als Finnland beispielsweise) bis 1958 militärisch besetzt – zum „Schutz gegen den

Faschismus“, wie es 1949 in einer sowjetischen Note hieß. Offizielle sowjetische Berater im Land, auch im Sicherheitsbereich, sind in russischen Quellen ab 1948 belegt. Die fachspezifischen Lenkungsmethoden waren gleichermaßen subtil wie einfach, so dass sie nicht verschriftlicht wurden, sondern nur indirekt erschlossen werden können. Die Autorin insistiert zwar nicht auf dem „revisionistischen“ und „postrevisionistischen“ Argument von der „Schuld des Westens“ am Kalten Krieg, allein mit der Erwähnung der Friedensverträge mit den Achsenmächten vom 10. Februar 1947, darunter mit Rumänien, hätte sie sich aber einige theoretische Überlegungen sparen können. Trotz ihrer Mängel verdient die Arbeit Beachtung und vor allem Nachahmung und Fortsetzung, denn Rumänien ist nicht nur aufgrund der geografischen Nachbarschaft zu Jugoslawien aus militär-, sondern wegen der späteren Entwicklung des Regimes auch aus diktaturhistorischer Sicht höchst interessant.